



Bekanntmachung.

Da die Zahlung der Zinsen von den bei der hiesigen Spar-Kasse niedergelegten Kapitalien für den Zeitraum vom 1. Januar bis letzten Juni 1839

Montag	den 8. Juli
Dienstag	= 9. "
Donnerstag	= 11. "
Montag	= 15. "
Dienstag	= 16. "
Donnerstag	= 18. " und

in den Nachmittagsstunden von 2 bis 6 Uhr auf dem rathhäuslichen Fürstensaale stattfinden wird; so werden alle diejenigen, welche dergleichen Zinsen zu erheben haben, hierdurch aufgefordert: sich behufs deren Erhebung mit ihren Quittungsbüchern an einem der gedachten Tage zu melden. Dabei wird bemerkt, daß jeder Präsentant eines Spar-Kassenbuchs zugleich die Nummer desselben und den Namen des Inhabers schriftlich zu überreichen hat, auch: daß alle diejenigen, welche Capitalien von 100 Rthl. bei der Sparkasse angelegt haben, ihre Zinsen in dem jedesmaligen Zahlungsstermine abholen müssen, weil im Unterlassungsfalle die Zuschreibung dieser Zinsen zum Capital und resp. deren Verzinsung nicht statt findet.

Breslau, den 25. Juni 1839.
Zum Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt
verordnete
Oberbürgermeister, Bürgermeister und Stadträthe.

Deutschland.

München, 2. Juli. Briefen aus St. Petersburg vom 17. Juni zufolge befindet sich Sr. D. der Herzog Max von Leuchtenberg überaus wohl und in der heitersten Gemüthsstimmung. Die Vermählung war auf den 13. Juli festgesetzt. Der russische General v. Sgnaïeff, der sich bekanntlich mehrere Monate hier aufhielt, um den Herzog in der russischen Sprache zu unterrichten, und denselben nach Rußland zu begleiten, ist zum Chef des Hauses (Hofmarschall) des Herzogs, der dem wackeren Mann sehr zugethan ist, ernannt worden. Man glaubt in Petersburg, daß der Herzog in kurzem das Prädicat „kaiserliche Hoheit“ erhalten werde.

(N. 3.)

Augsburg, 2. Juli. Seit mehreren Tagen bildet die Schließung der protestantischen Kirche in Neuburg fast allein das Tages-Gespräch in unserer Stadt. Furchtsame Leute haben schon Parallelen gezogen und meinen, wie vor 200 Jahren aus einem ähnlichen Faktum ein dreißigjähriger Krieg entstanden sei, so könne auch dieser Vorfall die betrübendsten Folgen nach sich ziehen. Allein die Sache ist bei weitem nicht so gefährlich, und wir dürfen hoffen, daß in wenigen Wochen diese die Protestanten so unangenehm berührenden Verhältnisse geordnet seien. Wie es scheint, ist die gegenwärtige Schließung des protestantischen Betesaales nur dadurch veranlaßt worden, daß die Regierung des Kreises Schwaben und Neuburg es unterließ, höheren Ortes die gehörigen Anzeigen zu machen und Anfragen zu stellen. Die Neuburger Protestanten haben die Erlaubniß zur Eröffnung ihres Betesaales bei dem städtischen Magistrat und der Kreisregierung nachgesucht und auch erhalten. Nun aber erging an den Appellationsgerichtsrath N., einen Protestanten, welcher sich der Sache seiner Glaubensgenossen thätig annahm, eine Ministerialentschließung des Inhabers, daß fortan weder in dem bisherigen Lokale noch in irgend einem andern zu Neuburg protestantischer Gottesdienst abgehalten werden dürfe, so lange nicht die allerhöchste Genehmigung dafür erlangt sei; daß derselbe N. auch fortan keine für die Errichtung eines protestantischen Betesaales bestimmten Geschenke oder Gelder mehr annehmen dürfe, und daß die bereits für die Neuburger Protestanten eingegangenen Sammlungen so lange nicht für diesen Zweck verwendet werden dürfen, bis die Bildung einer eignen protestan-

tischen Kirchengemeinde zu Neuburg allerhöchsten Ortes genehmigt worden sei. Es geht aus diesem Reskripte deutlich hervor, daß man allerhöchsten Ortes die Bildung einer protestantischen Gemeinde zu Neuburg nicht zu unterdrücken gemeint sei, sondern daß man, und das mit Recht, die Beobachtung der gesetzlichen Form verlange, wobei freilich zu bemerken ist, daß diese Form nicht von den Neuburger Protestanten, sondern vielmehr von den zunächst vorgesetzten Behörden verfehlt wurde. Der protestantische Betesaal wurde am 16. Juni geschlossen, und vor einigen Tagen sind den Protestanten auch die Schlüssel dazu abgefordert worden. Ob ein solches Verfahren an der Zeit sei, lassen wir dahin gestellt, sind aber fest überzeugt, unser gerechter König werde den Neuburger Protestanten, wenn sie nur ihre Anfrage bis zur allerhöchsten Stelle gebracht haben, die Bildung einer besondern Gemeinde nicht versagen. Man hat es den Neuburger Protestanten übel gedeutet, daß sie Sammlungen des Auslandes annahmen; allein wie konnten sie auf solchen Vorwurf gefaßt sein? Es vergeht kein Jahr, wo nicht in Baiern für ausländische katholische Kirchen gesammelt wird; warum sollten sich die Protestanten in Baiern nicht auch an das Ausland wenden dürfen? Wir möchten bezweifeln, ob z. B. die Katholiken in der hannoverschen Stadt Celle, welche aus Baiern, und zwar durch Verwendung eines Protestanten, reiche Sammlungen zogen, und ihrem neu erbauten Gotteshause den Namen Ludwigskirche gaben, wir möchten bezweifeln, ob die katholischen Bewohner dieser Stadt zuvor die Erlaubniß ihrer Landesregierung einholen mußten, eine in Baiern für ihren Kirchenbau angestellte Kollekte annehmen zu dürfen.

(L. A. 3.)

Stuttgart, 2. Juli. Seine Majestät der König sind heute früh zum Gebrauche des Seebades von hier nach Livorno abgereist, und Ihre Majestät die Königin werden sich mit J. J. K. K. H. den Prinzessinnen Marie, Katharine und Auguste nebst Gefolge morgen für die nächsten Monate zum Sommer-Aufenthalte nach Friedrichshafen begeben, woselbst späterhin auch Seine Majestät der König eintreffen werden.

(Schw. M.)

Oesterreich.

Wien, 6. Juli. (Privatmittheilung.) J. J. K. K. H. der Erzherzog Franz, Herzog von Modena nebst Gemahlin und sämtliche Mitglieder des erl. Hauses Este sind hier eingetroffen und im Epi-schen Palais abgestiegen. Gestern speisten sämtliche Herrschaften bei J. J. M. M. — Baron Sina hat nun auch die Cammeral-Herrschaft Podiebrad in Böhmen mit zwei Städten und 70 Dörfern um 1 Million 600,000 Gulden Convent. Münze gekauft. Als Concurrenten zum Ankauf zeigten sich Herzog Blacas, die Fürsten Rohan und Taxis und eine Gesellschaft aus Sachsen.

Aus Ungarn, 1. Juli. (Privatmittheilung.) Die Verhandlungen am Reichstage in Preßburg betreffen noch immer die Verifikation der Vollmachten, die Anerkennung der Deputirten von Seiten der Stände. Im Tolnaer Comitai kam es am 18. d. Mts. bei der neu angeordneten Wahl der Deputirten zu ernsthaften Aufsitzen im Comitats-Haus zu Szeged, wobei sich die Opposition gewaltsamer Mittel bediente. Leider blieben einige todt und mehrere bliesst auf dem Plaze. Der Obergespan Graf Carl Esterhazy mußte sich flüchten. Jetzt ist in der Person des Grafen Day ein königlicher Commissair zur Untersuchung nach Tolna abgegangen. — Der Herzog von Bordeaux ist überall in Ungarn mit vieler Auszeichnung aufgenommen worden. In Debreczin glaubten ihn die dort herumziehenden Zigeuner mit französischen Arien zu überraschen und spielten zu nicht geringer Ueberraschung seiner Umgebung — die Marseillaise. Es ist wohl unnöthig zu bemerken, daß hierin nicht die entfernteste Idee zu ei-

ner politischen Anspielung obwaltete. Die armen Zigeuner mochten sie auf ihren Wanderungen gelernt haben, ohne zu ahnen, daß es ein Revolutionslied sei.

Großbritannien.

London, 2. Juli. Gestern kam im Oberhause die wichtige Jamaika-Bill zur Diskussion. Als die zweite Verlesung derselben vor sich gehen sollte, machte der Graf Harewood den Antrag, daß diese Verlesung erst nach 3 Monaten vorgenommen (d. h. daß die ganze Bill verworfen werden sollte). Allein der Herzog von Wellington stimmte nicht für eine gänzliche Verwerfung der Bill, sondern meinte, man könne ja solche Verbesserungen daran vornehmen, daß sie noch eine segensreiche Wirkung für Jamaika habe. Der Erstere nahm hierauf seinen Antrag zurück. Heute nun schritt man in dem Ausschusse an diese Verbesserungen der Jamaika-Bill. Zunächst trug Lord Lyndhurst, als Wortführer der Tories, auf Streichung der ersten Klausel an, die schon im Unterhause so heftig angegriffen worden war. Diese Klausel ertheilt bekanntlich dem General-Gouverneur außerordentliche legislative Gewalt für den Fall, daß das Versammlungshaus bei dem Entschlusse beharrt, die von dem Parlamente beschlossenen Maßregeln zur Ausführung der Emancipations-Akte nicht annehmen zu wollen. Als Grund für seine Opposition gab Lord Lyndhurst an, daß sowohl aus dem Inhalte der ersten, vom Ministerium zurückgenommenen Jamaika-Bill, als aus den Aeußerungen der Minister im Ober- und Unterhause, die Absicht der Letzteren hervorzugethen scheine, wo möglich das Versammlungshaus gänzlich und für immer aufzuheben und an die Stelle der seit 200 Jahren bestehenden Verfassung der Kolonie eine neue, auf weniger liberalen Grundlagen beruhende einzuführen; ein Versuch, der unter der Billkürherrschaft Karls II. schon einmal gemacht worden, damals aber mißglückt sei. Er gab allerdings zu, daß das Reichs-Parlament befugt sei, für Jamaika, wie für jede andere Kolonie, Gesetze zu erlassen, doch nur in Fällen der Noth und des äußersten Dranges der Umstände. Diese aber seien noch nicht eingetreten, vielmehr zeige sich, daß man Jamaika in jeder Hinsicht ungerecht behandelt habe. Lord Lyndhurst erklärte deshalb auch die Resolutionen des Versammlungshauses, durch welche es die Ausübung aller und jeder legislativen Funktionen verweigerte, für zwar ungesetzlich und tadelnswerth, meinte aber doch, sie seien unter den obwaltenden Umständen wohl zu entschuldigen. Nachdem Lord Lyndhurst sich in alle Details der Gesetze eingelassen hatte, deren Annahme die Kolonial-Versammlung verzögert, sprach Lord Glenelg, der frühere Kolonial-Minister, um seinerseits jene Gesetze zu rechtfertigen, dann der Marquis von Manchester, der die Sache aus dem höheren Gesichtspunkte betrachtend, die Nothwendigkeit darthat, das Gute, was die Neger-Emancipation bewirkt habe, dadurch zu vervollkommen und sicher zu stellen, daß man der den Negern feindlichen Kolonial-Versammlung vorläufig wenigstens die Macht aus den Händen nehme, den emancipirten Sklaven den Zustand der Freiheit eben so brüskend und noch drückender zu machen, als die Sklaverei es gewesen. Unabhängige Gerichtshöfe, vor denen der Neger sein Recht suchen könne, und durch die er geschützt werde, wenn er mit seinem ehemaligen Herrn in Kontrakt-Verhältnisse trete, das sei etwas ganz Unentbehrliches, könne aber nicht erreicht werden, so lange das Versammlungshaus bei seinem Widerstande gegen Alles, was zum Interesse der emancipirten Neger gereichen könne, beharre. Zu den Gegnern der Bill gesellte sich nun auch Lord Brougham, der, wie Lord Lyndhurst, behauptete, daß durchaus kein Grund vorhanden sei zu einer, gleich auf den ersten Blick so unconstitutionellen Maßregel, wie die vorliegende Bill, indem er zugleich auf die schwache Majorität von 10 Stimmen hinwies, welche die Bill im Unterhause genehmigt habe, eine Ma-

positiv, so unzulänglich, daß man eigentlich nur sagen könne, das Unterhaus habe über die Sache ganz und gar keine Meinung ausgesprochen wollen. Das Recht, für die Kolonien Gesetze zu geben, erkannte auch er dem Parlamente zu, aber er fand es unter allen Umständen unangemessen, einem Kolonial-Gouverneur diese Macht zu übertragen. Nach ihm sprach Lord Melbourne, der die Schuld des gegenwärtigen Standes der Verhältnisse einzig und allein der Widerspenstigkeit des Versammlungshauses beimaß und die Lords darauf aufmerksam machte, daß, wenn sie durch Verwerfung der vorliegenden Bill jener Versammlung nachgäben, sie unter anderem ein von ihnen fast einstimmig angenommenes Gesetz, die Gefängniß-Bill, desavouieren und überdies die Kolonial-Versammlung in ihrem Widerstande bestärken würden, der, wie allseits anerkannt werde, nicht weiter fortgesetzt werden könne, ohne daß die wichtigsten Interessen der Kolonie aufs Spiel gesetzt würden. Den willkürlichen Charakter der Bill wolle er nicht leugnen, die dringende Nothwendigkeit derselben sei aber nicht weniger klar. Einige Bemerkungen Lord Melbourne's im Laufe seiner Rede über die Sucht Lord Brougham's, Unheil zu stiften, die ihn auch jetzt veranlasse, Opposition zu machen, veranlaßte den Letzteren, sich noch einmal zu erheben, und hatte einen kurzen, aber scharfen Wortwechsel zwischen den beiden Lords zur Folge. Nach einigen wenig bemerkenswerthen Äußerungen der Lords Mansfield, Seaford und St. Vincent kam es dann zur Abstimmung, die 149 Stimmen für und 80 gegen das Amendement des Lords Lyndhurst ergab, so daß die erste Klausel der Bill mit einer Majorität von 69 Stimmen verworfen wurde. Nach Beseitigung dieser Klausel ging nun Lord Brougham zum Angriff auf die zweite über, die dem General-Gouverneur und seinem Rathe die Macht ertheilen soll, abgelaufene Geldbills zu verlängern. Er erklärte sich geneigt, eine Modifizierung dieser Bestimmung zu beantragen, setzte aber seinen Antrag bis zu einem späteren Stadium der Bill aus, da Lord Canterbury dieses für wünschenswerth erklärte und Lord Ellenborough ihm bemerklich machte, daß, wenn nach Tilgung der ersten Klausel die zweite jetzt schon modifizirt werden sollte, die ganze Bill in sich selbst zerfallen würde, was nicht wünschenswerth sein könne, da wenigstens etwas in der Sache geschehen müsse. Gleich darauf, kurz vor 11 Uhr, vertagte sich das Haus. — In der gestrigen Sitzung des Unterhauses wurde die Bill hinsichtlich der Arbeit der Kinder in den Fabriken im Ausschusse diskutiert. Ein Amendement wurde zu der 9ten Klausel der Bill beantragt, welcher zufolge junge Leute unter 18 Jahren täglich nicht über 12 und wöchentlich nicht über 69 Stunden in den Fabriken arbeiten sollten. Dieser Bestimmung widersetzte sich Lord Ashley, indem er verlangte, daß die wöchentliche Zahl der Arbeitsstunden von 69 auf 58 Stunden herabgesetzt werden möchte. Er bezog sich dabei auf das kürzlich erschienene Preussische Gesetz, welches die Zahl der täglichen Arbeitsstunden von Kindern, die das 16te Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben, auf 10 festsetzt, und empfahl das Beispiel, welches, wie er sagte, von dem großen und guten Fürsten gegeben worden, der stets mit Allem vorgehe, was zum Wohl der Unterthanen diene, in England zur Nachahmung. Das Interesse der Fabrikanten siegte jedoch, und das Amendement wurde mit 94 gegen 62, also mit einer Majorität von 32 Stimmen, verworfen.

Ihre Majestät die Königin hat am Freitage der Lady Flora Hastings, die, wie es scheint, das Opfer eines traurigen Irrthums werden dürfte, da sie in Folge der ihr widerfahrenen Krankheit hoffungslos darniederliegt, in eigener Person einen Besuch abgestattet, um derselben ihre Theilnahme auszudrücken. Das Befinden der Kranken hat sich so verschlimmert, daß sie schon am Sonnabend das Abendmahl empfangen, wobei die Herzogin von Kent, deren Hoffräulein die unglückliche Lady ist, zugegen war. Auch die Mutter derselben, die Marquise von Hastings, soll aus Schmerz über die Leiden ihrer Tochter ernstlich erkrankt sein.

Am 18ten v. M. ist durch Herrn Ord, eines der Parlaments-Mitglieder für Newcastle am Tyne, dem Unterhause eine Petition, den Handel mit Tscherkessien betreffend, vorgelegt worden, die von den Handelskammern von Newcastle konstituierenden Kaufleuten und Rhebern herrührt und — mit Hinsicht darauf, daß der Handel mit dem schwarzen Meere sowohl für den Hafen von Newcastle als für das Britische Reich im Allgemeinen, in Folge des Begehres nach den verschiedenen Englischen Manufaktur-Waaren von Seiten der vollreife Länder, die an den Küsten jenes Meeres gelegen, mehr aber noch wegen des starken in fortwährendem Zunehmen begriffenen Begehres nach den mannigfaltigen rohen Erzeugnissen jener Länder von Seiten Englands, so wie in Betracht, daß in Folge der Verbote und Hindernisse, welche der Ausfuhr aus der zur Türkei gehörigen Küstenstrecke des schwarzen Meeres entgegengekehrt wurden und in Folge des von Rußland geltend gemachten Anspruchs auf die Oberherrschaft über die den Tscherkessen gehörigen Küstenwerken die Britischen Kaufleute gänzlich von der freien Konkurrenz im Handels-Verkehr mit den Bewohnern jener Küsten abgeschnitten

seien, — das Gesuch stellt, es möchten von dem Unterhause die angemessenen Schritte gethan werden, um die Handels-Freiheit zwischen Großbritannien und Tscherkessien festzustellen, um so mehr, als sich durch den im Juli 1826 zwischen Rußland, England und Frankreich abgeschlossenen Londoner Vertrag jede der drei kontrahirenden Mächte ausdrücklich verpflichtet habe, bei den damals obschwebenden Unterhandlungen zur Pazifizierung des Orients nicht danach streben zu wollen, irgend eine Macht-Ausdehnung, ausschließlichen Einfluß oder Handels-Vorteile für ihre Unterthanen zu gewinnen, welche die Unterthanen der übrigen nicht gleicherweise erlangen könnten. Die Petition ist vom 14. Juni datirt und von dem Vice-Präsidenten der Handels-Kammer, von Newcastle, Herrn Pulmer, Namens derselben unterzeichnet.

Frankreich.

Paris, 2. Juli. (Privatmittheilung.) Die orientalische Frage kam endlich gestern auf die parlamentarische Arena der Deputirtenkammer. Bei der allgemeinen europäischen und speciellen französischen Wichtigkeit dieser Frage war es daher natürlich, daß die einander divergirenden Ansichten darüber sich Bahn brachen. Der Conseilpräsident eröffnete die Diskussion mit einer vagen und rückhaltvollen Erklärung, die Regierung werde kein Mittel unversucht lassen, um den Statusquo aufrecht zu erhalten. So verschieden jedoch die Ansichten aller Andern waren, die dem Marschall auf der Tribune folgten, so stimmten sie doch darin überein, daß die Aufrechterhaltung des Statusquo weder der Würde noch den Interessen Frankreichs mehr entspreche. Der legitimistische Herzog von Balmy war der erste, der die Politik der Regierung zu bekämpfen sich berufen fühlte. Er enthielt alle Fehler und Schwächen, die die Juliregierung seit 1830 in der orientalischen Angelegenheit gezeigt hatte und folgerte, daß das eben angeordnete System eine reine Fortsetzung des bisherigen sei, und nur zum Nachtheil und nur zur Schmach Frankreichs führen müsse. Die Herren August und Denis bekämpften zum Theil den Redner und erklärten eine kräftige Unterstützung der Pforte von Seiten Frankreichs gegen den übermächtigen Pascha des Sultans für das einzige Mittel, um diesen vom Untergange durch Rußland zu retten. Ihnen folgte Herr Carni, der zum ersten Mal vor der Kammer debutierte, entwickelte in einem geistreichen und gehaltenen Vortrage die Nothwendigkeit, den Pascha von Egypten in Schutz zu nehmen, um auf den Trümmern des ottomanischen Reiches die arabische Nationalität als eine selbstständige und kräftige Macht zu erheben. Nun folgte der oratorische Held des gestrigen Tages Lamartine. In seiner 1½ stündigen Rede, die weit mehr poetischen als politischen Gehalt hatte, bekämpfte er alle Systeme, die über die große Frage im Schwünge sind, am meisten aber das der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Lage der Dinge im Orient. Seiner Ueberzeugung nach stehen das ottomanische wie ägyptische Reich gleich nahe der Zerstörung, jenes in Folge einer verkehrten Politik, welche Frankreich, England und Oesterreich seit 1792 und mehr noch seit 1832 gegen die Türkei befolgten; dieses — das ägyptische — weil es eine bloße Schöpfung des Augenblicks ist, und am Sterbetage seines Schöpfers zusammenstürzen werde. Den Sultan also gegen den Pascha und diesen gegen jenen erhalten wollen, wäre eine fruchtlose Anstrengung; wenn aber Frankreich wirklich gezwungen wäre, zwischen diesen beiden Systemen zu wählen, dann ziehe es der Redner vor, dem Sultan Syrien und seine ganze reelle Souveränität über seine Vasallen wieder erobern zu helfen und auf diese Weise die drohende Gefahr von Seiten Rußlands zu entfernen, der Auferstehung einer muslimännischen Nationalität und der europäischen Civilisation Bahn zu brechen. Ein solches Unternehmen bietet zwar viele Chancen, doch ist Hr. v. Lamartine nicht geneigt, sich für einen glücklichen Erfolg zu verbürgen. Nachdem nun der Redner durch einen langen Kampf gegen alle Ansichten und Systeme, welche über den Orient auf der Tribüne geäußert wurden oder in der Tages- und periodischen Presse sich geltend zu machen suchten, einen grausamen Kreuzzug hielt, war die Kammer natürlich darauf gespannt, endlich die Schlüsse oder das System des Hrn. v. Lamartine zu erfahren; allein die Kammer blieb unter dem Eindrucke dieser Erwartung; denn der Redner kam zu keinem eigentlichen Schlusse. Diesmal, wie in jeder seiner Reden endigte Hr. Lamartine mit einem Klageged über die innere Instabilität Frankreichs, die eine Folge des demokratischen Prinzips, woraus die Juliregierung hervorgegangen sei; um diesem Prinzipie einen Wetterableiter zu geben, müsse die Regierung im Oriente thätig einschreiten, sich durch einen Handstreich eines orientalischen Anführers bemächtigen, und von hier aus — die Wirkungen des Wiener Vertrags von 1815 zerstören; das sind, wenn man sie so nennen kann, die Schlüsse und die Politik des Herrn von Lamartine. Hätte er nicht durch diese maskirten und utopischen Schlüsse den Eindruck seiner Rede selbst zerstört und gewissermaßen das Motto nachgeschickt: „parturient montes, ridiculus naseitur mus“, so wäre es allerdings schwer gewesen, nach ihm die Tribüne zu betre-

ten. Es war daher nichtsweniger als Heroismus, wie einige Journale behaupten, wenn Herr Villemain im Namen der Regierung es unternahm, den frühern Redner zu bekämpfen. Der Minister des öffentlichen Unterrichts läugnete die Unmöglichkeit einer Resurrektion der ottomanischen Nationalität, und deutete auf die Tapferkeit hin, mit welcher die muslimännischen Truppen vor Varna und Schumla gegen die Uebermacht der Russen gekämpft haben. Mit einer kalten Analyse des Verstandes zerstörte Hr. Villemain all' die feurigen Hypothesen des poetischen Redners. In seiner Erklärung über die Absichten der Juliregierung ging der Minister weiter als der Conseilpräsident und gab zu verstehen, die Regierung werde sich mit der Aufrechterhaltung des Status quo nicht begnügen, sondern auf eine garantierte Unabhängigkeit der Türkei hinwirken. So viel ich aus guter Quelle hierüber erfahren, ist, das Kabinet sei gesonnen, nach der Beilegung des jetzt drohenden oder etwa schon ausgebrochenen Kampfes zwischen der Pforte und ihrem Vasallen, eine Beilegung, wozu die 4 europäischen Großmächte vereint mitzuwirken, sich verpflichtet haben — in eine Allianz mit England und der Türkei, und wenn möglich mit Oesterreich gegen Rußland einzugehen, dadurch den Vertrag von Chunkiar Isklessi zu zerstören, die Dardanellen für alle Mächte öffnen und im Bosporus eine französisch-englische Flotte als eine Schutzwehr Konstantinopels gegen Rußland zu stationiren.

Heute wurde die interessante Erörterung über die Kreditforderung von 10 Millionen zur Verstärkung des Geschwaders in der Levante fortgesetzt. — Herr Delaborde stellt einige Betrachtungen an, welche bezwecken, die Kammer zur Annahme eines für Aegypten günstigen Systems zu bewegen. — Nach ihm sprach Herr von Tocqueville: „Ich beabsichtige nicht, ein drittes oder viertes System aufzustellen, sondern ich will aufmerksam prüfen, nicht das, was gewesen ist, oder sein wird, sondern das, was ist. Ich werde versuchen, die Regierung einige Verhaltens-Maßregeln aufzustellen. England muß das Fortbestehen der Türkei wünschen, weil Mehmed Ali sein natürlicher Feind ist. England muß daher darauf hinarbeiten, daß Aegypten einem großen Reiche unterworfen bleibe und nicht an der Spitze eines solchen stehe. Frankreichs Interesse ist ein doppeltes, und hierin liegt das Gefährliche seiner Lage. Frankreich muß den Sturz Mehmed Ali's wünschen, und dennoch muß es darauf sehen, daß Aegypten nicht in die Hände einer Macht falle, welche von England abhängig wäre. Frankreich hat keinen natürlichen Bundesgenossen; eine solche Lage ist gefährlich. Wenn indeß später die Frage von der Theilung erhoben würde, so würde Frankreich freilich Bundesgenossen finden, weil es dann aufs Geben und Nehmen ankäme. Aber für den Augenblick steht Frankreich allein da. Freie Völker, bei denen die Kraft aus der Gesamtheit der Meinungen ersteht, müssen die Wahrheit hören, selbst wenn sie unangenehm ist. Frankreichs einsame Stellung, inmitten so vieler Feinde, ist kritisch. Aber wenn wir nichts thun können, so sind wir noch immer im Stande, Andere zu verhindern, etwas zu thun.“ Der Redner ging hierauf zu einer Prüfung der drei Hypothesen über, daß entweder die Mächte den Streit hinderten, oder daß der Sultan Sieger bliebe, oder endlich daß Mehmed Ali die Oberhand behielte. Aus allen dreien ergaben sich aber für ihn gleich ungünstige Resultate. Von einem Kongreß erwarte er nicht mehr. Der einzige Ausweg schien ihm eine Uebereinkunft der vier bei dem Schicksale der Türkei theilhaftigen Mächte, nämlich Frankreichs, Englands, Rußlands und Oesterreichs. Schon im J. 1826 hätten zwei Mächte die Orientalische Frage allein entscheiden wollen, und zwar Rußland und England. Damals sei aber Frankreich aufgestanden und habe gesagt: Auch ich bin bei der gegenwärtigen Frage theilhaftig, und sie wird entweder durch uns Alle, oder durch mich allein entschieden werden. „Wenn wir jetzt wieder vor Rußland und England hintreten, sagte dann der Redner, die Aufhebung des Traktats von Chunkiar Isklessi zu erwirken, glauben Sie wohl, daß dieser Schritt den Krieg zur Folge haben würde? Ich glaube es nicht. Rußland wird sich gewiß bedenken, ehe es sich zum Ueberflusse entschließt, es wird zurücktreten. Vielleicht beschuldigt man mich der Verwegenheit, aber es giebt eine Klugheit, welche oft verwegener ist, als die Verwegenheit selbst. Ich habe nichts zur Gründung der gegenwärtigen Monarchie beigetragen, aber ich wünsche, daß sie bestehe. Indessen fürchte ich, daß sie nicht von langer Dauer sein werde, wenn man die Ansicht Wurzeln läßt, daß wir, die wir einst so einflußreich waren, nichts mehr vermögen. Eine solche Ansicht muß uns schädlicher werden, als zehn verlorene Schlachten.“ Der Schluß dieser Rede brachte eine außerordentliche Aufregung in der Kammer hervor. Herr La Casse versuchte vergeblich, sich Gehör zu verschaffen; endlich sprach er von seinem Plage aus: „Die Aegyptische Frage ist, meiner Ansicht nach, nur von untergeordneter Wichtigkeit in der Orientalischen Frage, und der einzige Theil derselben, welcher seiner Lösung entgegengeht. Aber die große, die wahrhafte Frage, welche jetzt zwischen Rußland, England und Oesterreich verhandelt wird, ist noch weit von ihrer Beendigung entfernt, wie ich gewiß noch

